

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

7.3.1925 (No. 56)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Postfach
Nr. 954
Postleitzahl
Karlsruhe
Nr. 9518

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Knecht
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,00 Goldmark. -- Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. -- Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenlauf. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge auf Bezeichnung und Kontoverfahren für den Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. -- Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

* Das Sicherheitsproblem und Polen

Mit beweglichen Worten hat dieser Tage der britische Außenminister, Austen Chamberlain, darüber Klage geführt, daß das Sicherheitsproblem in Europa noch immer nicht gelöst sei und allen verantwortlichen Staatsmännern häßliches Alpträumen verurteile. Wir wollen Herrn Chamberlain gerne glauben, daß seine Sorgen durchaus berechtigt sind, und daß in der Tat die Staatsmänner all der Länder, die sich bei den Friedensschlüssen über Gebühr mit Land bereicherten oder sonst irgendwie dem Prinzip der Gerechtigkeit zuwiderhandelt, jetzt die Befürchtung nicht mehr los werden, daß ihnen der Raub eines Tages wieder abgenommen werden könne. Um den Raub zu behaupten, gefallen sie sich in aberwitzigen Rüstungen. Und um die Notwendigkeit dieser Rüstungen wieder zu begründen, haben sie das Märchen von der deutschen Neuannehung erfunden.

Solange all diese Länder nicht einsehen, daß der Friedensvertrag ein unerhörtes Unrecht und eine brutale Vergewaltigung war, wird allein schon das schlechte Gewissen und die Furcht ihre Staatsmänner nicht mehr schlafen lassen. Mag diese Furcht, soweit eine deutsche Neuannehung in Betracht kommt, faktisch auch noch so unbegründet sein. Einzig und allein England ist es, welches die unmässigen territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages zugibt und für eine vernünftige Revision des Vertrages wohl zu haben wäre. Dabei würde dann natürlich auch Deutschland den größten Teil seiner Kolonien zurückhalten -- und sei es auch nur in der Form eines vom Völkerbund erteilten Mandates --, da sich ja je länger je mehr gezeigt hat, daß die früheren deutschen Kolonien einfach verkommen, wenn ihnen nicht wieder die alte Pflege, d. h. also die Pflege durch Deutsche selbst, zuteil wird.

Die anderen Siegerstaaten aber wollen von einer solchen Revision nichts wissen. Sie verschmähen damit das einzige Mittel, das geeignet sein könnte, eine wirklich befriedigende Lösung des Sicherheitsproblems herbeizuführen. Man bestreite sich Deutschland gegenüber einer gerechten und anständigen Politik! Dann wird es ein Sicherheitsproblem überhaupt nicht mehr geben! Denn, wenn schon an und für sich die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes friedliebend ist, wird diese Friedensliebe zur Allgemeinüberzeugung werden, mit dem Augenblicke, in welchem das deutsche Volk sieht, daß man bei den Siegerstaaten erblich gewillt ist, das rachsüchtige Unrecht des Friedensvertrages in territorialer Beziehung wieder gutzumachen.

Wie sehr Deutschland bereit ist, von sich aus an der Lösung des Sicherheitsproblems mitzuarbeiten, beweist die Note, mit welcher die deutsche Reichsregierung jüngst an die Alliierten herangetreten ist. Der Inhalt dieser Note ist bis jetzt von allen beteiligten Stellen streng geheim gehalten worden. Die Tatsache aber, daß Frankreich sich offiziös gegen die deutschen Vorschläge wendet, und weiterhin die andere Tatsache, daß man in Polen auf einmal unruhig wird, machen es wahrscheinlich, daß die deutsche Reichsregierung in dieser Note das Sicherheitsproblem nur als ein west- und mitteleuropäisches aufgeföhrt wissen will. Und damit kommen wir zu dem Punkt, um den sich alles dreht.

Deutschland will und kann nicht die territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages hinsichtlich der Regelung der Ostgrenze für alle Ewigkeit hinnehmen. Denn diese Bestimmungen sind von einer Willkürlichkeit, die zum Himmel schreit. Und es ist bekannt, daß England, und zwar auch das offiziöse England, diese Auffassung Deutschlands an sich teilt. Polen aber als der Schlingling Frankreichs möchte seinen ganzen Raum für sich behalten und macht deshalb die französische Politik und die französische öffentliche Meinung für seine Interessen mobil. Frankreich will infolgedessen, daß Deutschland auch die Grenzen im Osten ein für alle mal als zu Recht bestehend anerkennen soll.

Das ist ausgeschlossen für uns! Und es wird sich wohl keine deutsche Reichsregierung finden, die dazu die Hand bietet. Man könnte außerst so weit gehen, daß man erklärt, Deutschland werde eine Revision der östlichen Territorialbestimmungen des Friedensvertrages nur auf friedlichem Wege zu erreichen suchen. Aber offenbar würde auch eine solche Erklärung Frankreich und Polen nicht

genügen. Damit ist das Sicherheitsproblem unrettbar verfahren. Es müßte denn gerade sein, daß irgendein Druck von außen Frankreich zu einer anderen Haltung bewegt.

Daß England in dieser Frage nicht mit Frankreich übereinstimmt, beweist gerade die letzte Rede des britischen Außenministers. Und ferner die Tatsache, daß gerade diese Rede von der Pariser Presse, stellenweise mit Entrüstung, abgelehnt wird. Denn auch in der Frage der Entwaflnung und der Räumung der Kölner Zone will England, wie Chamberlain nochmals klar und blönd betont hat, sich streng an den Wortlaut des Friedensvertrages halten. Sowie also von uns die angebliden Verstöße gegen die Entwaflnung behoben sind, gibt es nach englischer Auffassung nur eine Konsequenz, nämlich die sofortige Räumung der Kölner Zone. Es klingt für die Kontrollkommission und für Frankreich eigentlich wenig erbaulich, wenn Chamberlain in seiner Rede sagte, die Tatsache von deutschen Verletzungen werde behauptet, worin aber diese Verletzungen bestünden, sei auch ihm noch nicht bekannt geworden.

Die Verhandlungen, die zurzeit Chamberlain persönlich mit Herriot pflegt, werden ebenso wie die nächste Tagung des Völkerbundes Gelegenheit geben, die Lösung des Sicherheitsproblems weiter zu erörtern. Ob es dabei zu einer Einigung kommen wird, ist recht fraglich, zumal England ja auch das bekannte Genfer Protokoll im wesentlichen ablehnt, und zwar hauptsächlich mit Rücksicht auf die Dominions, die in keine europäischen Handel verwickelt werden möchten. Frankreich will einen militärischen Garantievertrag zwischen England, Frankreich und Belgien mit direkter Spitze gegen Deutschland und mit ausdrücklicher Einbeziehung Polens in die Garantien. England ist Flug genug, um sich zu sagen, daß nur dann der Friede Europas garantiert werden kann, wenn man, und zwar im Rahmen des Völkerbundes, einen solchen Garantievertrag mit Deutschland schließt. Aber wir wissen ja, daß Frankreich um Polens willen einstweilen bavor zurückbleibt.

Reichsgerichtspräsident Dr. Simons wird stellvertretender Reichspräsident

Die Frage, ob Reichskanzler Luther das Provisorium als Stellvertreter des Reichskanzlers bis zur Neuwahl weiterführen soll, ist nun beantwortet.

Einer Berliner Drahtung zufolge haben sich die großen Parteien des Reichstags dahin geeinigt, daß durch Gesetz der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons als stellvertretender Reichspräsident bestimmt werden soll.

Das Gesetz über die Bestimmung des Tages der Reichspräsidentenwahl wird dem Reichstag am Montag vorgelegt werden. Damit wird indessen nur eine Formalität erledigt, da es wohl auf alle Fälle bei dem 29. März für den ersten Wahltag und dem 26. April für den eventuellen zweiten Wahltag bleiben wird.

Die Kandidaturen, die vorläufig in der Presse genannt werden, sind fast ausschließlich Kombinationen der Wähler oder Führer, die die einzelnen Parteien ausstreiten, um die Aufnahme kennen zu lernen, die die betreffende Persönlichkeit bei den befreundeten Parteien erfährt. Von beiden Lagern werden die größten Anstrengungen gemacht, mehrfache Kandidaturen zu vermeiden. Es ist aber vorläufig nicht abzusehen, ob sich diese Konzentration auf je einen Kandidaten für rechts und für links schon für den ersten Wahlgang am 29. März durchsetzen läßt.

Ob die republikanischen Parteien sich für eine Sammelkandidatur März, der hierfür vorläufig als Einziger in Betracht kommt, entscheiden werden, hängt in erster Linie von den Sozialdemokraten ab.

Die Ministerpräsidentenwahl in Preußen

Soll nun am Dienstag stattfinden. Die Fraktionsführer des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten kamen laut "Voss. Ztg." überein, wieder Marx als gemeinsamen Kandidaten für den Posten des preussischen Ministerpräsidenten zu nominieren.

In der Frage der Regierungsbildung ist, den Blättern zufolge, bisher eine Klärung nicht zu verzeichnen. "Zeit" und "Lokalanzeiger" sprechen von der Möglichkeit der Bildung eines überparteilichen Beamtenministeriums, in dem auch der sozialdemokratischen Richtung Rechnung getragen werden soll, etwa durch die Aufnahme des früheren Finanzministers Dr. Südekum, in das Kabinett. Eine solche Lösung dürfte dem letztgenannten Blatt zufolge auch bei den deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung keinen Widerstand finden.

Deutscher Reichstag

BERLIN, 6. März.

Präsident Ebe verliest bei der Eröffnung der Sitzung Verleidschreiben, die aus Anlaß des Todes des Reichspräsidenten dem Reichstag zugegangen sind und zwar von den Parlamenten von Österreich-Ungarn, Tschechoslowakei, Italien, Peru, Litauen, Danzig, Schweiz und den Landtagen von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Stüder (Komm.), der Reichstag möge sich sofort mit der Neuwahl des Reichspräsidenten und mit der Frage der Stellvertretung des Reichspräsidenten beschäftigen. Als der Medner erklärt, der veritorbene Reichspräsident Ebert habe seine Macht ausschließlich für die Bourgeoisie ausgenutzt, verlassen viele Sozialdemokraten den Saal. Reichskanzler Dr. Luther habe auf dem Wege des kleinen Staatsstreichs eigenmächtig das Amt des stellvertretenden Reichspräsidenten an sich gerissen. Der Reichstag dürfe das nicht dulden. Die kommunistische Fraktion verlange die sofortige Beratung eines Gesetzesentwurfes, wonach der Reichstag einen stellvertretenden Reichspräsidenten wählt.

Präsident Ebe teilt mit, daß der Altestenrat sich morgen um 12 Uhr mit den Fragen beschäftigen wird, die mit der Stellvertretung und der Neuwahl des Reichspräsidenten zusammenhängen.

Abg. Fehrenbach (Ztr.) bestritt, daß der Reichskanzler mit der Übernahme der Stellvertretung die Verfassung verletze habe. Medner erhebt Einspruch gegen die sofortige Beratung des kommunistischen Antrags. Damit ist dieser Antrag für die heutige Sitzung gefallen.

Der Gesetzesentwurf über die Zusatzleistungen von Renten aus der Invalidenversicherung wird dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Präsident Ebe erklärt hierauf zu den auf Grund von Mitteilungen im Reichsrat erschienenen Presseäußerungen, er habe nicht die Absicht, den Reichstag wegen der Vorbereitungen zur Präsidentenwahl auf längere Zeit zu vertagen.

Hierauf wird die zweite Lesung des

Staats des Reichsverkehrsministeriums

fortgesetzt.

Abg. Groß (Ztr.) wendet sich gegen die Absicht, das Expositionswesen zu monopolisieren.

Beim Kapitel der Wasserverkehrsstraßen verlangt Abg. Dr. Most (D. Vp.) eine einheitliche, klare und zielbewusste Wasserstraßenpolitik. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß jetzt das Reich zwar materielle Verantwortung für die Verwaltung der Wasserstraßen hat, die Durchführung der Übernahme aber in den Händen der Beamten der Länder liegt. Die Interessen der Rheinschifffahrt erforderten ganz besonders dringend eine klare Wasserstraßenpolitik des Reichs.

Reichsverkehrsminister Dr. Krohne weist in seiner Antwort darauf hin, daß eine Differenz zwischen der Reichswasserstraßenverwaltung und den Ländern über den Umfang der Organisationsbefugnis die Durchbildung der Verwaltung von vornherein gehindert habe.

Trotz lebhaften Drängens der Reichsregierung sei es nicht möglich gewesen, seit Jahresfrist zu Verhandlungen darüber mit Preußen zu kommen. Die Reichsregierung habe daher zur Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage vor kurzem den Staatsgerichtshof angerufen. Die allseitig erkannte Notwendigkeit, sämtliche Verkehrsmittel nach Abtrennung der Reichsbahn einheitlich straff zusammenzufassen, sei nur zu erreichen, wenn Verwaltung, Bau und Betrieb in eine feste klare Ordnung gebracht würden.

Abg. Dietrich-Waden (Dem.) äußert im Interesse der Länder verschiedene Bedenken gegen eine straff zentralisierte Reichswasserstraßenverwaltung. Es muß möglich sein, eine Verständigung zwischen Reich u. Ländern herbeizuführen. Das Reich muß mit größter Wachsamkeit die Ententepläne in der deutschen Wasserstraßenfrage verfolgen, damit in dieser Frage die wenigen durch den Versailler Vertrag Deutschland belassenen Rechte nicht noch weiter geschmälert werden.

Reichsverkehrsminister Dr. Krohne bleibt dem Abg. Dietrich gegenüber dabei, daß eine einheitliche Wasserstraßenpolitik nur zu erreichen sei, wenn das Reich die gesamte Verwaltung in der Hand habe. An dem guten Willen des Reichs zu einer Verständigung mit den Ländern zu gelangen sei nicht zu zweifeln.

Abg. Völlein (Komm.) bespricht bei einem weiteren Statut den Streik der Eisenbahner in Sachsen. Dieser Streik sei ein Aufbäumen der Eisenbahner gegen die Zustände, die sich nach der Auslieferung der deutschen Reichsbahn an das internationale Großkapital entwickelt haben.

Abg. Schumann (Soz.) erklärt, die Kommunisten hätten sich bemüht, die Organisation der Eisenbahner zu zerschlagen. Der Reichsverkehrsminister sollte sich um eine Verständigung bemühen, damit der Streik nicht eine weitere Ausdehnung nehme und die deutsche Wirtschaft gefährde.

Abg. Tremmel (Ztr.) schließt sich dem Wunsch an, die Eisenbahner der unteren Besoldungs- und Lohngruppen bedürften dringend einer Aufbesserung besonders im besetzten Gebiet.

Am 7.15 Uhr schlägt Vizepräsident Vell dem Hause vor, die Weiterberatung auf Sonnabend 1 Uhr zu verlagern.

Abg. von Nischhofen (Dem.) erklärt zur Tagesordnung, der Reichsjustizminister habe sein Versprechen in einer früheren Sitzung binnen drei Wochen den Entwurf eines

neuen Aufwertungsgesetzes

den gesetzgebenden Körperschaften vorzulegen, nicht erfüllt. Die demokratische Fraktion beantrage die unverzügliche Vorlegung des Entwurfes.

Vizepräsident Dr. Vell verweist darauf, daß morgen um 12 Uhr der Altestenrat sich mit dem Arbeitsstoff des Reichstages beschäftigen wird und auch diese Frage erörtern werde.

Mit der Beilage: 15. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Badischer Teil

Der Hagenschiefprozess

D. J. Karlsruhe, 6. März.

In der fortgesetzten Verhandlung kommt das Darlehensgeschäft mit dem Berliner Bankhaus Arons und Walter in der Höhe von 8 Millionen zur Sprache. Der Beschluß wurde in der Aufsichtsratsitzung vom 11. November 1919 gefaßt, nachdem man darauf verzichtet hatte, das restliche Stammkapital einzubringen. (Von 3,7 Millionen waren 850 000 Mark einbezahlt.) Die Anleihe wurde zu 95 ausgegeben, so daß die Siedlungs- und Landbank nur 7,6 Millionen erhielt.

Darüber wird zunächst der Angeklagte Abele gehört. Auch der Zeuge Wetterer äußert sich über die Vorgeschichte dieser Anleihe.

Vorsitzender: Die erste Gelder von Arons und Walter flossen am 1. April 1920. Schon vorher aber waren im Hagenschief über 2 Millionen an Löshen ausbezahlt worden. In den 600 Arbeitern kam ein großer Beamtensapparat in Karlsruhe. Das eingezahlte Stammkapital von 850 000 Mark war fast aufgezehrt durch Kauf der Büroeinrichtung und eines Autos. Sie müssen also schon damals mit starken Krediten gearbeitet haben, so daß die Lage der Bank eine etwas gespannte war.

Zeuge Wetterer gibt zu, daß man mit 2 oder 3 Karlsruher Banken im Kreditverhältnis stand. Es sei, um Mittel zu bekommen, in der Anfangszeit auch Holz verkauft worden. — Bankprokurist Reuter äußert sich als Sachverständiger zur Anleihefrage. In diesem Zusammenhang rügt der Vorsitzende, daß wegen dieser Tätigkeit Hommes Isemerzeit in einem Brief Herrn Reuter bei seiner Firma herabzusetzen suchte.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten Abele vor, daß er von Arons und Walter 20 000 Mark erhalten habe. Wofür? Angeklagter Abele erklärt, daß er 2 Millionen Mark an Obligationen untergebracht habe. Als er selbst solche haben wollte, sei alles vergeben gewesen. Die 20 000 Mark seien eine Entschädigung für entgangenen Gewinn.

Der Vorsitzende hält Abele vor, daß sich eine Buchung von 20 000 Mark als Eingabung bei Arons und Walter vorfinde. Seine Darstellung lasse darauf schließen, daß es sich um eine falsche Eintragung handele. Abele weiß sich in diesem Punkt nicht zu erklären. Es wird dazu der frühere Direktor Lehmann von der Badener Filiale der Firma Arons und Walter gehört. Er hat die Geschäfte mit Abele geführt, den er von früher her kannte. Der zunächst unbedingte Zeuge erklärt, daß Abele ein Konto bei seiner Bank hatte und Spekulationsgeschäfte tätige. Auf die Vorhalte des Verhandlungsleiters und des Sachverständigen räumt der Zeuge nach anfänglichem Zögern ein, daß man sich falsch ausgedrückt hätte. Es müßte „Gutschrift“ heißen.

Staatsanwalt Dr. Wehler: Ich erhebe nunmehr auf Grund des § 206 StGB. Nachtragsanfrage gegen Abele, indem ich ihn beschuldige, daß er als verantwortlicher Geschäftsführer der Siedlungs- und Landbank am 1. Juni 1920 von der Firma Arons und Walter 20 000 Mark dafür überwiesen erhielt, daß er ihr unter Ausschaltung der Karlsruher Banken eine Anleihe von 8 Millionen verschaffte. — Anwalt Dr. A. Haas ist nicht damit einverstanden, daß die Zusatzanfrage sofort mitbehandelt wird. — Staatsanwalt Dr. Wehler: Ich werde die Anlage schriftlich erheben.

Nach einer kurzen Pause wird die Vernehmung des Zeugen Lehmann fortgesetzt. Er räumt ein, daß man die Obligationen anleihe zu dem Zweck erwirkte, mit der Siedlungs- und Landbank ins Geschäft zu kommen. Beiritten wird von ihm, daß die 20 000 Mark Schmiergelder waren.

Es folgt die Erörterung eines Zementgeschäftes, das zwar nicht unter Anleihe steht, aber zum Beweise dafür dienen soll, daß für die Siedlungs- und Landbank verlustbringende Geschäfte gemacht wurden. In diesem Falle gingen über 600 000 Mark, beim Einkauf von Glas 100 000 Mark verloren.

Nach Auseinandersetzungen über die Tätigkeit Donnerts bei der Bauhoffbeschaffung wird der Prozess gegen 3 Uhr auf Samstag vormittag 8 Uhr vertagt.

D. J. Karlsruhe, 7. März.

Zunächst werden die Einzelheiten beim Ankauf der Starckschen Mühle besprochen. Der Kaufpreis betrug samt Inventar und Grundstücken von 4,5 Bektar 1,3 Millionen.

Zeuge Wetterer gibt an, daß Württemberg am 19. Januar 1920 schriftlich mit dem Kauf beauftragt wurde. Das Schreiben drückte sich juristisch nicht mit der nötigen Klarheit aus. Ueber die Verhandlungen sei Abele vollkommen im Bilde gewesen. Das Starckse Anwesen sollte unter allen Umständen erworben werden, um etwas daraus zu machen.

Angeklagter Württemberg sagt, daß sich die Verhandlungen mit Starck sehr schwierig gestaltet hätten. Der Vorsitzende fragt, wie es komme, daß nur 920 000 Mark protokolliert wurden. Württemberg gibt die Erklärung, daß Starck offiziell einen Kaufpreis von nicht mehr als 1 Million eingetragen wissen wollte, wohl im Hinblick auf eine etwaige Abfindung seiner Frau, mit der er in Scheidung lebte. 320 000 M. sollten in bar bezahlt, 600 000 M. 15 Jahre unfälligbar stehen bleiben.

Vorsitzender: Wie war es aber mit den restlichen 328 000 Mark? Württemberg: Diese sollten Starck in Form von Holz entgolten werden. Er, der Angeklagte, sei froh gewesen, die Unterschrift Starcks überhaupt zu erhalten. Während nun Württemberg behauptet, die Direktion sei über alles unterrichtet gewesen, erklärt Wetterer, der notarielle Kaufpreis von 920 000 Mark habe ihn überrascht und stutzig gemacht.

Abele bemerkt, der Ankauf des Starckschen Sägewerks zum Preise von 1,3 Millionen sei verfehlt gewesen. Er habe sich vor eine vollendete Tatsache gestellt gesehen, da der Kauf nicht mehr rückgängig zu machen war.

Zeuge Wetterer erklärt, daß er die Verantwortung für diese Sache keineswegs ableugne. Angeklagter Württemberg bemerkt, die Sache Starck habe wegen der technischen Schwierigkeiten Herrn Abele nie gepaßt.

Rechtsanwalt Dr. Haas: Der Ankauf war das Lieblingsprojekt Wetterers. Nachdem man sich einige Zeit über die Korrespondenz in dieser Angelegenheit unterhalten und Zeuge Wetterer erklärt hatte, daß Direktion und Aufsichtsrat sich nachher auf den Standpunkt stellten, der Kaufpreis betrage nur 920 000 Mark, äußert sich Verwaltungsdirektor Kamm von der Holzberufsgenossenschaft als Sachverständiger dahin, daß die Pläne zur Holzverwertung im Hagenschief im allgemeinen als großzügig, sachgemäß und gut zu bezeichnen seien, und in diesen Rahmen der Ankauf und Ausbau des Starckschen Anwesens eine richtige Lösung darstellte. Der Kaufpreis war aber entschieden zu hoch.

(Fortf. folgt.)

Abg. Reil (Soz.) unterstützt den demokratischen Antrag und ergänzt ihn durch die Hinzufügung eines sozialdemokratischen Antrages, der genau dem im vorigen Jahre von den Deutschnationalen gestellten Antrag entspricht. Danach soll die 8. Steuernotverordnung am 31. März d. J. aufgehoben werden und am 1. April soll ein neues Aufwertungs Gesetz in Kraft treten. Der Redner kündigt an, daß seine Freunde nötigenfalls einen von dem deutschnationalen Abg. ausgearbeiteten Gesetzentwurf als eigenen Antrag einbringen würden, wenn die Deutschnationalen dazu nicht bereit seien.

Mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums wird beschlossen, den Verkehrsset an die erste Stelle der morgigen Tagesordnung zu setzen. Als zweiter Punkt sollen ohne Debatte Antragsentwürfe dem Ausschuss überwiesen werden. Gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten wird beschlossen, die kommunistische Interpellation über die Sicherungsfrage morgen noch nicht zu behandeln. Unter großer Heiterkeit beschließt das Haus dann einstimmig, die Aufwertungsanträge der Demokraten und Sozialdemokraten als dritten Punkt der Tagesordnung zu behandeln.

Schluß nach 8 Uhr.

Nach den Heidelberger Feierlichkeiten

Die Heidelberger Beiseungsfeierlichkeiten haben einen über Erwarten großen Verkehr gebracht, aber die verschiedenen Verkehrsinstitute und -Institutionen waren ihm voll gewachsen. Vor allem nahm die Feier mit Zeichenzug einen tadellosen Verlauf. Die Polizei zeigte sich ihrer Aufgabe voll gewachsen und die ganze Verkehrsregelung und die Absperren funktionierten aufs Beste. Ueber den würdigen und glatten Verlauf der Feier gibt es überall nur eine Stimme des Lobes. Die Eisenbahn, die mit der Einlegung von etwa 15 Sonderzügen geredet hatte, mußte im Laufe des Donnerstags insgesamt 29 Extrazüge außer den planmäßigen fahren lassen. Trotzdem hat sich der ganze Bahnverkehr ohne wesentliche Verzögerungen abwickeln können. Bis zu der Mitternachtsstunden bot der Bahnhof ein außerordentlich lebhaftes Bild.

Auch das Telegraphenamt hatte einen Ansturm stärkster Art auszuhalten. In Vorzüge des zu Erwartenden waren im Telegraphenamtgebäude außer den schon bestehenden noch eine große Anzahl weiterer Sprechstuben eingerichtet worden, so daß die Fülle der aus allen Teilen Deutschlands und aus dem Ausland eingetroffenen Pressevertreter in bequemer Weise die Berichte über die Trauerfeierlichkeiten nach auswärts hin abspreschen konnten. Die Gesprächsverbindungen waren sehr rasch hergestellt und die Verständigung nach auswärts sehr gut. Auch nach mehreren Hotels hin waren Sonderanschlüsse gelegt worden.

Eine Trauerfeier für Ebert in Washington.

Washington, 7. März. (Funkspruch.) Heute fand zum Gedächtnis des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert eine Trauerfeier in der deutschen lutherischen Concordiakirche statt, der der Präsident Coolidge mit seiner Gemahlin, sowie die Vertreter des Kabinetts und des Diplomatischen Korps beiwohnten. Pastor Charles Ebers, der die Gedächtnisrede hielt, betonte, Ebert habe seine Pflicht ruhig und wirksam erfüllt und Deutschland erkenne jetzt, daß es einen einzelnen Mann mit einer fast übermenschlichen Aufgabe betraut habe.

Politische Neuigkeiten

Die Indexziffern

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten, die nach der bisherigen Berechnungsart die Ausgaben für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung umfaßt, beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Februar auf 125,1, was gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 0,9 v. H. bedeutet. Neben dieser Indexziffer wurde für Februar nach eingehenden Beratungen mit der aus Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zusammengesetzten Indexkommission zum ersten Mal die neue in den Grundlagen erweiterte Lebenshaltungskostenindexziffer berechnet. Diese stellt sich für den Durchschnitt des Februar auf 135,6. Bei Anwendung der neuen Berechnungsmethode auf den Vormonat ergibt sich für die Lebenshaltungskosten etwa die gleiche Steigerung wie nach der alten Methode.

Die auf den Stichtag des 5. März berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 25. Februar (136,7) mit 136,7 unverändert. Für den Durchschnitt Februar ergibt sich ein Rückgang der Großhandelsindexziffer von 138,2 im Durchschnitt Januar auf 136,5 oder um 1,2 Prozent.

Die Streikbewegung unter den Eisenbahnern

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat die Streikbewegung unter den Eisenbahnarbeitern eine weitere Ausdehnung genommen und hat auch auf Berlin übergriffen. Wie der Deutsche Eisenbahnerverband mitteilt, sind Freitag nachmittag auf dem Anhalter Güterbahnhof 500 Arbeiter in den Streik getreten, so daß dieser größte Güterbahnhof Berlins stillgelegt werden mußte. Auch der Schleifische Güterbahnhof sollte um 12 Uhr nachts stillgelegt werden. Ferner liegt ein Streikbeschluß der Güterbotenarbeiter auf dem Lehrter Bahnhof vor. Den Blättern zufolge steht der Berliner Eisenbahnerstreik nur in losem Zusammenhang mit der allgemeinen Lohnbewegung der Eisenbahnarbeiter. Die Reichsbahndirektion hatte den Werkstättenarbeitern, die am Tage der Beisehung des Reichspräsidenten 5 Minuten gefeiert hatten, bei der heutigen Lohnauszahlung eine Arbeitspause von 30 Minuten in Abrechnung gebracht. Der Bezirksbetriebsrat versuchte die Reichsbahndirektion dazu zu bewegen, den Lohnabzug nur für die tatsächlich verkäufte Zeit in Anrechnung zu bringen, hatte jedoch mit seinen Vorstellungen keinen Erfolg. Die Reichsbahndirektion stützt sich bei ihrer Maßnahme auf die bestehenden Strafbestimmungen für ein Zuspätkommen auf der Arbeitsstelle, in welchem Falle ein Lohnabzug für 30 Minuten erfolgt.

Die Aussichten auf eine gütliche Verständigung erscheinen im Augenblick nicht allzu groß. Wie verlautet, will die Reichsbahndirektion bei den heutigen Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern sich zu keinen Konzessionen in der Lohnfrage entschließen, da sie der diesbezüglichen Entscheidung des Verwaltungsrates, der vom 17. bis 20. März eine Tagung abhält, nicht vorgreifen will. Von der Reichsbahn wird erklärt, daß bei den letzten Verhandlungen mit den Gewerkschaften die Hauptverwaltung das Angebot gemacht habe, man wolle in allen Orten, in denen das Einkommen der Eisenbahner unter dem der Industriearbeiter liegt, einen Ausgleich schaffen.

Dieses Angebot sei aber von den Gewerkschaften abgelehnt und eine generelle Lohnerhöhung verlangt worden.

In der am Freitag abgehaltenen Sitzung der Eisenbahnergewerkschaften, die sich mit den auf heute anberaumten Verhandlungen mit der Reichsbahndirektion beschäftigte, sind, wie die Berliner Blätter melden, keine Beschlüsse gefaßt worden. Seitens der Beamtengewerkschaften und der sog. gemischten Organisationen, die Beamte und Arbeiter umfassen, ist die Erklärung abgegeben worden, daß bei einem allgemeinen Streik der Eisenbahnarbeiter seitens der Beamten Solidarität geübt werden würde, die allerdings nicht im Streik, sondern lediglich in passiver Resistenz bestehen würde.

Chamberlain in Paris

Der englische Staatssekretär des Äußeren ist Freitag abend in Paris eingetroffen. Auf der englischen Botschaft fand abends ein Essen im kleinen Kreise statt, woran, wie der Temps berichtet, auch Herriot teilnahm. Die Unterredung, die Chamberlain nach dem Diner mit Herriot hatte, dauerte bis 11,15 Uhr an. Hierüber berichtet der „Petit Parisien“, die beiden Minister seien in einen sehr freien Meinungsaustausch eingetreten, der nichts Protokollarisches an sich gehabt und der sich auf alle die Fragen erstreckt habe, die seit einigen Wochen den Gegenstand eines Meinungsaustausches zwischen London und Paris bildeten. Herriot habe den französischen Standpunkt zu den verschiedenen auf der Tagesordnung stehenden Fragen entwickelt, der bekanntlich noch weit davon entfernt sei, sich mit der britischen Meinung zu decken. — Das „Echo de Paris“ will wissen, Herriot habe das deutsche Angebot im Ganzen nicht abgelehnt und rechne auf die Wirkung seiner Amendementsvorschlüge u. seines Vorgehens in Bezug. Heute finden mehrere Unterredungen und Verhandlungen zwischen den beiden Staatsmännern statt.

Paris, 7. März. In einem Artikel über die politische Lage erklärt der „Matin“, was die Diskussion über die Sicherheitsfrage anbetreffe, so hätte man vor einigen Tagen annehmen können, daß sie aus dem Stadium der Vorprüfung herausgetreten sei. Das sei aber nicht der Fall. Auf jeden Fall sei es vollkommen unwahrscheinlich, daß Chamberlain und Herriot die schwebenden Fragen im Laufe des heutigen Tages lösen könnten, zumal der englische Staatssekretär sich außerordentlich zurückhaltend zeige.

Kurze Nachrichten

Zu den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen meldet „Journée Industrielle“, die deutschen Juristen seien wie vorgehen in Paris eingetroffen und hätten mit den Vertretern der französischen Regierung Frühling genommen. Die Verhandlungen würden deutschseits von dem Geschäftsführer der Reichsbank geführt. Man habe bei der Prüfung handelsrechtlicher Fragen und zwar zunächst mit denjenigen, die sich auf die Schiffahrt beziehen, begonnen. Bis zur Rückkehr Dr. Treubelburgs am 10. 3 würden die Sachverständigen ihre Arbeiten fortsetzen.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen. Die deutsche Handelsdelegation in Moskau gibt nachstehenden amtlichen Bericht aus: Die Sitzung des Präsidiums stellte den Arbeitsplan für die nächste Periode auf. Zunächst sollen die in den Versammlungen Ende des Vorjahres noch offen gebliebenen beiderseitigen Wünsche auf Grund der inzwischen erfolgten weiteren Vorarbeiten behandelt werden.

Die Neuregelung der Arbeitszeit. Das Reichsarbeitsministerium, das mit den Vorarbeiten für eine gesetzliche Neuregelung der Arbeitszeit beschäftigt ist, beabsichtigt, die maßgebenden Verbände der Arbeitnehmer und -geber der wichtigsten Industriezweige schon zu der Vorbereitung der Entwurfsarbeiten für die künftige Arbeitszeitregelung heranzuziehen. Zunächst wird ein paritätischer Ausschuss aus je sechs Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach im März über die Arbeitszeitregelung in der Großindustrie beraten.

Bayern und die geplante Biersteuererhöhung. Wegen einer Erhöhung der Biersteuer hat der Haushaltsausschuss des bayerischen Landtags einstimmig einen Antrag angenommen. Die bayerische Regierung soll danach bei der Reichsregierung dahin wirken, daß eine Erhöhung der Steuer, die eine schwere Schädigung besonders bayerischer Interessen mit sich bringen würde, unterbleibe. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß die bayerische Regierung sich mit allen Mitteln gegen die Erhöhung der Biersteuer wenden werde.

Schule und politische Abzeichen. Einer Meldung aus Dresden zufolge hat das sächsische Volksbildungsministerium den Lehrkräften, den Schülern und Schülerinnen aller Schulen das Tragen von Abzeichen jeder Art im Schulgebäude, auf dem Schulwege und bei allen Veranstaltungen der Schule verboten.

Die Wahlzeit des preussischen Provinziallandtags. Der Gemeindevorstand des preussischen Landtages nahm einen Gesetzesantrag an, der die Wahlzeit der Mitglieder des Provinziallandtages und Kreislandtages bis zum 1. 11. 25 verlängert. Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 20. 2. 25 in Kraft.

Brauerarbeitersperrung in München. In München sind diejenigen Brauerarbeiter, die sich geweigert haben, die gesetzemäßige Arbeitszeit einzuhalten, von den Brauereien ausgesperrt worden. Von dieser Maßnahme werden etwa 1500 Brauerei-Arbeiter betroffen. Das sind etwa 80 Prozent der gesamten Arbeiterschaft.

Die interkonfessionelle Schule im Elsaß. Wie der „Petit Parisien“ aus Straßburg meldet, hat der Beschluß des Ministerpräsidenten Herriot, der die Behörden im Elsaß und in Lothringen ermächtigt, die interkonfessionelle Schule in der durch das lokale Gesetz vorgesehenen Form einzuführen, lebhaft Kritik in der katholischen Presse hervorgerufen. So schreibt der „Elsässer“, es handle sich um einen Akt der Vergewaltigung und der Brutalität.

Das Endergebnis der Londoner Stadtwahlen liegt nunmehr vor. Die säkularistischen Reformisten und die Konfessionellen erhalten 83, die Arbeiterpartei 35, die Progressiven 6 Sitze.

Ein Konflikt zwischen dem Vatikan und der Tschechei. Der päpstliche Nuntius in Prag hat der tschechoslowakischen Regierung mitgeteilt, daß der Vatikan die gesetzliche Einführung des 8. Septembertages als feierlichen Akt betrachtet würde. In der tschechischen Presse wird dieser Schritt als Einmischung in die inneren tschechischen Angelegenheiten abgelehnt.

Ein brasilisches Strafmittel. Der Senat des amerikanischen Staates New Jersey hat mit 11 gegen 8 Stimmen eine Vorlage des Senators William angenommen, wonach rückfällige Verbrecher sowie Geisteskranken kastriert werden dürfen.

Pianos - Harmoniums

erste Weltmarken, neu und gebraucht, zu günstigen Preisen und Bedingungen. Frankfurter

Pianohaus Lang

Kaiserstraße 167
Salamanderschuhhaus
2947 - Telefon 1073

Aus der Landeshauptstadt

Die Ago-Ausstellung, welche das sog. „Ago-Verfahren“ (Schuhreparatur durch Kitten) einem breiteren Publikum bekannt machen will, wurde heute mittags gegen 12 Uhr in der städtischen Ausstellungshalle eröffnet. Sie ist im Mittelraum des Gebäudes aufgestellt und weist eine reichliche Besichtigung durch eine größere Anzahl von Firmen auf. Nach verschiedenen Begrüßungsreden und der Eröffnungssprache des Herrn Konrad folgte ein Rundgang, bei dem den erschienenen Gästen das Verfahren erläutert wurde.

Fahrlässige Tötung. Chauffeur Effig, der unlängst in der Kaiserallee den Tod des Malermeisters Jakob Drollinger verschuldet, wurde vom Schöffengericht wegen fahrlässiger Tötung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Badisches Landestheater

Spielplan für 7. März 1925 bis 17. März 1925.

Im Landestheater:

Samstag, den 7. März. * D 18. Th.-Gem. 2101-2500. Der böse Geist Lumpacivagabundus oder Das lieberliche Kleeblatt. 7-10 Uhr. (4.80 M.)

Sonntag, den 8. März. In der Wandelhalle des ersten Rang vor dem halb 12 Uhr. Morgenfeier. Vortrag von Dr. Carl Hofensfelder über „Ernst Barlach und seine Dramen“. (Einführung zur Eröffnungsvorführung von Barlachs „Der arme Wetter“ am 14. März.) Für Mitglieder der Th.-St.-V. der Th.-Gem., der Volksh. u. d. Ges. f. d. Bildg. 70 Pf. auf Vorzeigen d. Mitgl.-Karte, Nichtmitglieder 1 M. — Abends halb 7 bis halb 10 Uhr. * F 17 Die Zauberflöte. (8.—)

Montag, den 9. März. * G 18. Th.-Gem. 1001-1900. Die zärtlichen Verwandten. 7-9 Uhr. (4.60.)

Dienstag, den 10. März. Erstes Gastspiel der Mailänder Opern-Stationen Der Troubadour. halb 8 bis 11 Uhr. (8 M.)

Mittwoch, den 11. März. * Volksh. 7. Minna von Barnhelm oder Das Soldatenglied. 7 bis halb 10 Uhr. (4.80.)

Im Konzerthaus:

Sonntag, den 8. März. * Neueinstudiert: Die Schmetterlingsflucht. 7 bis nach halb 10 Uhr. (3.90 M.)

Sonntag, den 15. März. * Der wahre Jakob. 7 bis gegen halb 10 Uhr. (3.90 M.)

Vorrecht für Umlauf der Vorzugsarten und Vorlaufsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugsarten am Samstag, den 7. März, nachmittags halb 4 bis 5 Uhr; allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umlauf von Montag, den 9. März an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Th.-Gem., jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9-1, 4-6 Uhr).

Donnerstag, den 12. März. Zweites Gastspiel der Mailänder Opern-Stationen. Cavalleria rusticana. — Der Bajazzo. Halb 7 bis nach 10 Uhr. (8 M.)

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	7. März		6. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167.59	168.01	167.54	167.96
Kopenhagen 100 Kr.	75.11	75.29	75.19	75.37
Mailen . . . 100 L.	17.16	17.20	17.08	17.12
London . . . 1 Pf.	20.00	20.05	20.01	20.06
Newport . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.74	21.80	21.47	21.53
Schwiz . . . 100 Fr.	60.69	60.89	60.72	60.92
Wien 100 Schilling	59.10	59.30	59.10	59.30
Prag . . . 100 Kr.	12.44	12.48	12.44	12.48

Verteilung überall 100 Prozent

Geschäftliches

Zur Ago-Ausstellung

Auf der Ago-Ausstellung ist auch die durch ihre Ruos-Präparate bestbekannte Chem. Fabrik Osra G. m. b. H., Frankfurt a. M., vertreten. Ihr Repräsentant ist ein kostbarer schwarzer Neger in seiner schmutzen Uniform, der jeden Schuh, der vor ihn kommt, ob schwarz oder braun, mit einer erstaunlichen Geschwindigkeit putzt und dabei einen Klang erzielt, der jeden Zuschauer erstaunen läßt.

In der Schuhmaschinenabteilung läßt die Firma Grigner-Durlach ihre neuen Modelle Nagel- und Doppelmaschinen im Betrieb vorführen. Diese speziell für den Werkstattbedarf gebauten Maschinen dürften vom Handwerk besonders begrüßt werden, da es diesem heute mehr denn je unmöglich ist, sich große teure Maschinen anzuschaffen, und diese neuen Maschinen der weltbekannten Firma Grigner vollen Erfolg zu bieten scheinen.

Universität Köln. Das Sommer-Semester 1925 beginnt am 15. April. Vorlesungsbeginn: 30. April. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitäts-Sekretariat gegen Voreinsendung von 0,60 Mark und 0,10 Mark Porto bezogen werden.

Togal-Tabletten berührendste Wirkung bei:

Gicht **Herzensschuß**, **Rheuma** **Nerven- und Ischias** **Kopfschmerzen**

Togal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken erhältlich.

Best. 12,6% Lit., 9,46% Chinin, 74,3% Acet. acetyl. salic., ad. 100 Amylum.

Besuchen Sie in Ihrem eigenen Interesse die Ago-Fach-Ausstellung Karlsruhe

Städtische Ausstellungshalle vom 7. bis 9. März 1925. — Geöffnet von morgens 8 bis abends 7 Uhr.

Sozialhygienische Ausstellung

für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, Bekämpfung der Tuberkulose, des Alkoholismus und der Geschlechtskrankheiten

veranstaltet von den badischen sozialen hygienischen Fachverbänden in der Zeit vom 3.-22. März d. J. in der städt. Ausstellungshalle

Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends. Eintritt 20 Pf.

Ab Sonntag den 8. bis einschl. 22. März 1925, jeweils nachm. von 4-5 Uhr ärztliche Führung durch die Ausstellung.

Robhaarbesen in extra guter Anfertigung, das Stück M. 3.—, 3.50, 4.—, 5.—, 6.—

Kokosmatten in einfacher und feiner Ausführung, das Stück M. 1.—, 1.40, 2.—, 3.75, 6.—

Ries **Erstes Spezialhaus**

Bürsten — Pinsel — Schwämme — Kämme — Matten

Ecke Friedrichsplatz 7

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Sommersemester 1925 **Universität Köln** Sommersemester 1925

Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche, rechtswissenschaftliche, medizinische und philosophische Fakultät. Handels- und Verwaltungs-Hochschulstudium.

Vorlesungsbeginn: 30. April. Die Einschreibefrist läuft vom 15. April bis 6. Mai. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitäts-Sekretariat gegen Voreinsendung von M. 0.60 (dazu Porto M. 0.10) bezogen werden. € 106.21

Badische Lichtspiele

für Schule und Volksbildung

Konzerthaus € 1.41

Heute Erstaufführung:

Alpine Majestäten

Im Banne der Zermatter Eisesen

Europa-Chronik I

Bilder aus aller Welt

Wiederholungen: Montag, 9. u. Mittwoch 11. März jeweils abends 8 Uhr, Mittwoch, auch 4 Uhr nachm.

Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße

Preise M. 0.60 bis M. 1.70 — Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise

Nur Sonntag, 8. März, nachmitt. 3 Uhr

Das 9. deutsche Sängertag in Hannover im Film

Unter Mitwirkung des Karlsruher Sängergaus

Vorverkauf Musikhaus Müller, Kaiserstraße

Wer Chauffeur

werd. will evtl. bei gering. Unkosten erh. Information u. Rat durch d. Chauffeur-Nachrichten, Berlin NW 6. Freiprospekt geg. Rückporto.

Auskünfte

jeder Art € 54 über Geschäfts- und Privatverh. auf alle Plätze bei billigster Berechnung und diskreter Behandlung

Südd. Auskunftei Karlsruhe, Yorkstraße 28

Blütenreinen Teint

verleiht die MAGIC-Hautschäler. 6.50 Mk. Nachnahme.

Geber-Verlags-Ges. Freiburg i. B. 56. € 127.

Gebisse (Platin)

kauft Frau Kath. Pfäfer, Karlsruhe, Bischofstr. 81 III.

Bei fast allen Krankheiten sind **Reinigerzgebisse** oft von vorzüglichem Heilerfolge. Nähere Auskunft durch C. Wolff, Bischofstr. 81, Post Klostert. Binna, Prov. Brandenburg. (Rückporto.)

Metallbetten

Stahlmatr., Kinderbett, direkt an Privat, Katalog 78 R frei. Eisenmüllfabrik Sahl (Khr.)

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

2. 997. Karlsruhe. Die Geschäftsaufsicht über das Vermögen des Kaufmanns Rudolf Krieger, Buch en gros, in Karlsruhe, Schützenstr. 2, wurde durch Zwangsvergleich rechtskräftig beendet. Karlsruhe, 25. Febr. 1925. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. 3.

Bersch. Bekanntmachungen

Ruhholzersteigerung.

Bad. Forstamt Neckargemünd versteigert am Samstag, den 14. März ds. J., 10 Uhr vorm., im Rathhaus zu Neckargemünd aus Domänenwald Distrikt I-V 140 Eichen I.-V. Kl. mit 116 Fm., 195 Rotbuchen I.-IV. Kl. mit 186 Fm., 12 Birken- und Kirschbäume IV.-VI. Kl., 181 Nichten II.-VI. Kl., 89 Lärchen III.-VI. Kl., 116 Eier Eichen, 71 Eier Birken- und 16 Eier sonst. Laub-Ruholzerholz. Losverzeichnisse durch das Forstamt. 3.1000.

Jagdverpachtung.

Städtisches Forstamt Heidelberg versteigert am: Freitag, den 20. März 1925, vormittags 11 Uhr, im Prinz-Reg., Marktstraße ab

Im Konzerthaus:

Neueinstudiert:

Die Schmetterlingsflucht

Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. In Szene gesetzt von D. Klenckert.

Personen:

Sergentheim . . . Frauenhorfer
Eise Clement
Laura Marhammer
Kofi Raffé
Wilhelm Vogel Groß
Winkelmann Gemmeke
Max Kreuzinger
Richard Kehler Klobbe
Dr. Kohnst Brand
Anig. 7 Uhr. Ende n. 10 Uhr.
Preise: Partett I Abt. 3.80 Mk.

Montag, den 9. März 1925
G. 18
Theatergemeinde
Nr. 1001-1300

Die zärtlichen Verwandten

Lustspiel in drei Akten von Robert Bredig. In Szene gesetzt von Fritz Herz.

Personen:

Oswald Barnau Nürnberger
Werte Genter
Jungard Roermann
Ottile Raffé
Abelgunde von Hallen Frauenhorfer
Dietrich Groß
Jouna Kunze
Dr. Bruno Bismar Reug
Dr. Offenburg Klobbe
Schummrich Müller
Witthold Schneider
Tusnebe Marhammer
Anfang 7 Uhr. Ende 9 Uhr.
Preise: Sprechst. I. Abt. 4.50

Eugen von Steffelin

Fernspr. 261 **Karlsruhe** Fernspr. 261

Möbeltransport Lager :: Spedition

Wäsche wird zum Waschen u. Bügeln bei sorgfält. Behandl. anger. Frau Braunshweiger Zähringerstr. 82, II. Stod.

Aufpolstern von Matratzen und Divans u. sowie Neuanfertigung bejorgt recht u. billig € 100 **Albert Ernst**, Tapezier Strichstr. 21

Für feinbarige Schuh

Nimm Nuos

nur dazu

Nuos-Schuhputz in allen Farben

Osra, Chem. Fabrik G.m.b.H. Frankfurt a. M. 140

Ago-Fach-Ausstellung Karlsruhe

vom 7.—9. März 1925 in der Städtischen Ausstellungshalle

Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)



Singer Nähmaschinen

Erleichterte Zahlungsbedingungen

für Gewerbe und Industrie
Kraftbetriebs-Anlagen

Erleichterte Zahlungsbedingungen

Singer Co. Nähmaschinen Actien-Gesellschaft
Kaiserstraße 124 KARLSRUHE Kaiserstraße 124

GEORG DOLL
KARLSRUHE i. B.
39 Werderplatz 39
Leder- Groß- und Kleinverkauf
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Maschinen Werkzeuge 14

NEU & HIRSCH
SCHUHWARENGROSSHANDLUNG
GEGRÜNDET 1894
KARLSRUHE i. B.
47 AMALIENSTRASSE 47
TELEPHON 4692 15

Theodor Sarter
Lederhandlung und
Schuhmacherartikel
Wilhelmstraße 30. Nähe Werderplatz.
Telefon 2994. 131

N. A. ADLER

Schuhgroßhandlung — Karlsruhe i. B.

Straßen-Schuhe ... Leinen-Schuhe ... Sandalen ... Turn-Schuhe ... Sport-Schuhe
Qualitätsware 117

Holzschuh-Fabrikation
nur erste Qualität liefert zu günstigen
Preisen und Bedingungen
Arthur Braun, Ettlingen (Baden)
Durlacherstraße 27 18

PAUL PANZER
KARLSRUHE i. B.
Hirschstraße Nr. 22 Fernsprecher Nr. 1216
Lederhandlung
Schuhmacherartikel
Groß- und Kleinverkauf 19

Karl Nachmann
Lederhandlung
Rastatt
536 Telephon 536 136

Ago-Betrieb E. Leonhardt

Waldstraße 13 KARLSRUHE Waldstraße 13

Maßarbeit und Reparaturen. 135

Spezialität: Ago-System

Wilhelm Happich

Schäftefabrikation 137

Schmalkalden in Thüringen

Wiedmann & Fischer
Großhandlung in Schuhmacherbedarfsartikel
Rottenburg a. Neckar
Lieferungen nur an Wiederver-
käufer und Fabriken 138

Gritzner-Schuhmaschinen

Modelle 1925
Holznagelmaschine für Hand und Kraft
Bogennadel-Doppelmaschine für Hand und Kraft
Lederschneidmaschine für Hand und Kraft
Unentbehrlich für jede fortschrittliche Werkstatt

A. EHRESMANN & Co. G.m.b.H., Karlsruhe i. B.
Vertriebsgesellschaft patentierter Schuhmaschinen. 139

HEY
G. M. B. H.

Chemische Fabrik • Offenbach am Main

Erstklassige Ausputzpräparate
Feine Schuhpflegemittel 143